

Wir haben das auf der offiziellen Website des russischen Präsidenten Putin in englischer Sprache veröffentlichte Protokoll eines Arbeitstreffens übersetzt, auf dem der russische Präsident mit Außenminister Lawrow und Verteidigungsminister Schoigu die neuen Entwicklungen nach der Kündigung des INF-Vertrages durch die USA besprochen hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 016/19 – 06.02.19

Treffen mit Sergei Lawrow und Sergei Schoigu

Wladimir Putin hatte ein Arbeitstreffen mit Außenminister Sergei Lawrow und Verteidigungsminister Sergei Schoigu

Der Präsident Russlands, 02.02.19

(<http://en.kremlin.ru/events/president/news/59763>)

Der Präsident Russlands Wladimir Putin: Außenminister Sergei Lawrow, informieren Sie mich bitte über die neueste Entwicklung bezüglich des Vertrages über die Beseitigung aller Raketen mittlerer und kurzer Reichweite und den Stand der Abrüstungsverhandlungen im Allgemeinen. Was geht derzeit im Hinblick auf die Begrenzung offensiver Waffen vor?



Außenminister Sergei Lawrow, Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergei Schiogu

Außenminister Sergei Lawrow: Herr Präsident,

wie Sie wissen, trat der Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (der INF-Vertrag, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>) 1988 mit unbegrenzter Gültigkeit in Kraft. Nach uns vorliegenden Informationen verletzen die USA den Vertrag seit 1999, weil sie damals begonnen haben, unbemannte bewaffnete Luftfahrzeuge (Kampfdrohnen) zu erproben (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15914_031014.pdf), die über die gleichen Eigenschaften wie landgestützte Marschflugkörper verfügen, die nach dem INF-Vertrag verboten sind.

Dann fingen die USA an, vertikal startende ballistische Raketen für ihren Raketenabwehrschild (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14117_010917.pdf) zu testen, und 2014 begann der Aufbau ihres Raketenabwehrsystems in Europa – mit der Errichtung von Raketenstartanlagen des Typs MK 41 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Mk_41_Verti-

[cal_Launching_System](#)). Mit diesen Abschussvorrichtungen können auch atomar bewaffnete Marschflugkörper mittlerer Reichweite des Typs Tomahawk (s. https://de.wikipedia.org/wiki/BGM-109_Tomahawk) gestartet werden.

Wladimir Putin: Und das ist eine eindeutige Verletzung des INF-Vertrages.

Sergei Lawrow: Das ist eine eindeutige Verletzung des Vertrages. Abschussvorrichtungen dieser Art sind in Rumänien bereits in Betrieb, und in Polen und Japan in Vorbereitung (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP03512_040212.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP15916_211116.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP07217_080517.pdf).

Wir müssen uns auch darüber Sorgen machen, dass die USA in ihrer 2018 veröffentlichten Nuclear Posture Review (s. <https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872886/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDF> und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02618_280218.pdf) festgelegt haben, Atomsprengköpfe niedriger Sprengkraft entwickeln zu wollen (s. <https://www.theguardian.com/world/2019/jan/28/us-nuclear-weapons-first-low-yield-warheads-roll-off-the-production-line>), die auch auf Mittelstreckenraketen montiert werden können. Kürzlich wurde sogar bekannt gegeben, dass die Produktion solcher Raketen bereits angelaufen ist (s. <https://www.theguardian.com/world/2019/jan/28/us-nuclear-weapons-first-low-yield-warheads-roll-off-the-production-line>).

Im Oktober 2018 haben die USA offiziell ihre Absicht erklärt, aus dem INF-Vertrag aussteigen zu wollen. Wir haben alles getan, um diesen Vertrag zu retten, weil er für die Erhaltung der strategischen Stabilität in Europa und auf der ganzen Welt unverzichtbar ist. Den letzten Versuch dieser Art haben wir am 15. Januar unternommen, als wir den USA ein Konsultationstreffen in Genf anboten, das sie auch akzeptiert haben.

In Abstimmung mit dem Verteidigungsministerium haben wir beispiellose Angebote hinsichtlich größerer Transparenz gemacht, die weit über die Verpflichtungen hinausgehen, die wir mit dem INF-Vertrag eingegangen sind, um die USA davon zu überzeugen, dass Russland diesen notwendigen Vertrag bisher nicht verletzt hat. Die USA haben all unsere Vorschläge zurückgewiesen. Stattdessen haben uns die USA ein weiteres Ultimatum gestellt. Das können wir nicht akzeptieren, weil es sowohl dem Wortlaut als auch dem Geist des INF-Vertrages widerspricht.

Die USA haben nicht nur angekündigt, dass sie aus dem INF-Vertrag ausscheiden werden, sie haben inzwischen auch ihren offiziellen Ausstieg erklärt und mitgeteilt, dass sie sich nicht mehr an die Einschränkungen gebunden fühlen, die ihnen der INF-Vertrag auferlegt. Für uns heißt das, dass die USA sich nicht mehr auf die bereits im letzten Haushalt vorgesehenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten beschränken, sondern auch neue Mittelstreckenraketen bauen werden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass sich damit die Chancen für eine weitere atomare Abrüstung und die Erhaltung der strategischen Stabilität verschlechtern haben. Das alles fing damit an, dass die USA den 1972 geschlossenen Anti-Ballistic Missile Treaty (den ABM-Vertrag zur Raketenabwehr, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/ABM-Vertrag>), wie wir alle wissen, bereits im Jahr 2002 aufgekündigt haben. Das ist geschehen trotz zahlreicher Initiativen der Russischen Föderation und der Generalversammlung der Vereinten Nationen, den ABM-Vertrag zu retten. Die UN-Generalversammlung hat in mehreren Resolutionen die Erhaltung des ABM-Vertrages gefordert. Das hat die USA aber nicht daran gehindert, ihn aufzukündigen.

Um den ABM-Vertrag wenigsten teilweise zu ersetzen, haben die USA und Russland noch im Jahr 2002 eine gemeinsame Erklärung über neue strategische Beziehungen unterzeichnet, in der sie sich gegenseitig zusicherten, alle im Zusammenhang mit der Errichtung eines dritten Raketenabwehrsystems in Europa auftretenden Probleme einvernehmlich lösen zu wollen. Diese Erklärung sah vor, dass Schwierigkeiten in regelmäßigen Konsultationen bereinigt werden sollten. Das ist aber nicht geschehen, weil die USA die Besorgnisse Russlands nicht ernst nahmen. (Weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP05212_280212.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP07112_310312.pdf .)

2007 haben wir als Geste des guten Willen einen weiteren Vorschlag zur Zusammenarbeit bei der Ausweitung der US-Raketenabwehr auf Europa gemacht (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP12607_200607.pdf), den die USA ebenfalls zurückgewiesen haben.

Auf dem NATO-Russland-Gipfel in Lissabon im Jahr 2010 haben wir erneut angeboten, den Raketenabwehrschild für Europa als Gemeinschaftsprojekt der USA, der NATO und Russlands zu errichten (weitere Infos dazu sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP23110_061210.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP22511_011211.pdf). Auch dieses Angebot wurde nicht beachtet. Auf dem 2012 in Chicago abgehaltenen NATO-Gipfel hat dann sogar die NATO angeboten, den Dialog mit Russland über die Raketenabwehr fortsetzen zu wollen. Mit diesem Vorschlag wollten die USA aber nur erreichen, das wir uns mit der Errichtung des US-Raketenabwehrschildes (ohne Einbeziehung Russlands) abfinden, trotz aller offensichtlichen Gefahren und Bedrohungen, die er für unsere Sicherheit darstellt (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP09212_070512.pdf).

Ich möchte auch daran erinnern, dass Russland 2013 dem US-Außenministerium nochmals mit konkreten Vorschlägen ein Gesprächsangebot gemacht, aber keine Antwort darauf erhalten hat (s. https://www.deutschlandfunk.de/streit-ueber-raketenabwehrschirm-der-nato.795.de.html?dram:article_id=250157). 2014 haben die USA den mit Russland geführten Dialog über die Raketenabwehr ganz abgebrochen und erklärt, dass sie nicht nur neue Raketenabwehrsysteme in Europa und Asien errichten, sondern auch die bereits in Alaska und an der Ostküste der USA vorhandenen Systeme verstärken würden (s. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-128859856.html>).

Auch der Umgang der USA mit dem für die internationale Sicherheit und die strategische Stabilität wichtigen Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Atomwaffensperrvertrag>) bereitet Russland Sorgen. Trotz zahlreicher Ermahnungen unsererseits, verstoßen die USA (mit ihrer Politik der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nukleare_Teilhabe) ständig gegen diesen Vertrag, der auch die Weitergabe eigener Atomwaffen an andere Staaten verbietet.

Trotz dieses Verbotes haben die USA in fünf NATO-Staaten US-Atombomben eingelagert, und bilden Piloten dieser Staaten, die keine eigenen Atomwaffen besitzen, im Abwurf von Atombomben aus. Damit verletzen sie eindeutig den Atomwaffensperrvertrag (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP16014_061014.pdf).

Ein weiterer Vertrag, der eine besondere Rolle bei der Verhinderung von Vorbereitungen für einen Atomkrieg spielt, ist der Comprehensive Nuclear-Test Ban Treaty, abgekürzt CTBT, (der Kernwaffenteststopp-Vertrag, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kernwaffenteststopp-Vertrag>).

[stopp-Vertrag](#)). Den haben die USA noch nicht ratifiziert, obwohl das Barack Obama während seines Präsidentschaftswahlkampfes versprochen hatte.

Derzeit scheint das Interesse der USA an diesem Vertrag völlig erloschen zu sein. Russland ist diesem Vertrag beigetreten, möchte ihn erhalten und startet deshalb jedes Jahr Initiativen in der UN-Generalversammlung, damit er auch in Kraft tritt. Das kann er aber nur, wenn ihn alle Atommächte – auch die USA – ratifizieren.

Unabhängig vom INF Vertrag bleibt der New Strategic Arms Reduction Treaty, abgekürzt New START (s. https://en.wikipedia.org/wiki/New_START) weiterhin in Kraft. Das ist auch notwendig, um wenigstens eine Komponente der strategischen Stabilität und des globalen Gleichgewichts zu erhalten. Dieser Vertrag ist aber auch gefährdet, weil die USA ihre 56 U-Boote mit Trident-Raketen (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Trident_\(SLBM\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Trident_(SLBM))) sowie 41 schwere Bomber (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Atomstreitkr%C3%A4fte_der_Vereinigten_Staaten) aus dem Vertrag herausnehmen möchten – mit der Begründung, sie nicht mehr mit Atomwaffen bestücken zu wollen.

Das ist nach dem Vertrag möglich, der andere Vertragspartner (also Russland) kann aber darauf bestehen, dass diese Waffensysteme modifiziert werden müssen, damit sie nicht wieder in Atomwaffenträger zurückverwandelt werden können.

Vladimir Putin: Sie müssen also anschließend inspiziert werden können.

Sergei Lawrow: Ja, eine Inspektion muss möglich sein. Und es müssen technische Vorkehrungen getroffen werden, die uns davon überzeugen, dass diese Systeme nicht wieder zu Atomwaffenträgern werden können.

Wir führen seit 2015 Gespräche, um sicherzustellen, dass die USA ihre vertraglich vereinbarten Verpflichtungen erfüllen. Bisher konnten aber noch keine diesbezüglichen Ergebnisse erzielt werden. Die technischen Lösungen, die uns bisher angeboten wurden, konnten uns nicht davon überzeugen, dass tatsächlich mehr als 1.200 Atomsprengköpfe, also eine ganze Menge, aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Wiederholte Vorschläge Russlands, Gespräche über eine Verlängerung des New START über das Ablaufjahr 2021 hinaus zu führen, stießen in den USA bisher auf taube Ohren. Man hat uns nur wissen lassen, die Entscheidung über eine Verlängerung des New START (s. https://en.wikipedia.org/wiki/New_START) sei noch nicht gefallen.

Alles in allem ist die Situation ziemlich beunruhigend. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Entscheidung der USA, den INF-Vertrag aufzukündigen, sehr besorgniserregend für die ganze Welt, insbesondere aber für Europa ist. Trotzdem sind alle europäischen NATO-Mitglieder in die Fußstapfen der USA getreten und haben deren Entschluss gebilligt, ohne über die daraus für sie erwachsenden Konsequenzen auch nur zu sprechen. Sie stellten uns nur unbegründete Ultimaten und forderten uns zu einseitigen Maßnahmen auf – ohne irgendwelche Beweise für ihre grundlosen Anschuldigungen vorzulegen.

Vladimir Putin: Ich danke Ihnen.

Herr Schoigu, wie schätzt das Verteidigungsministerium die gegenwärtige Situation ein? Und wie sollen wir reagieren?

Verteidigungsminister Sergei Schoigu: Herr Präsident, trotz gegenteiliger Versicherungen ist es offensichtlich, dass in den USA nicht nur Forschungen zur Entwicklung von

Kurz- und Mittelstreckenraketen betrieben werden, die USA verstoßen schon seit mehreren Jahren gegen den INF Vertrag, weil sie längst mit der Produktion solcher Raketen begonnen haben.

In diesem Zusammenhang möchten wir folgende Gegenmaßnahmen vorschlagen:

Erstens wollen wir in den kommenden Monaten Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Konstruktion einer landgestützten Variante des seegestützten Systems Kalibr (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kalibr>) starten.

Zweitens haben wir vor, mit Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Konstruktion landgestützter Abschussvorrichtungen für hyperschallschnelle (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Hyperschallgeschwindigkeit>) Kurz- und Mittelstreckenrakete zu beginnen.

Wir bitten Sie, diese Vorschläge zu unterstützen.

Wladimir Putin: Ich stimme zu, das werden wir tun. Unsere Antwort wird (auch in anderer Hinsicht) symmetrisch sein. Nachdem unser Vertragspartner USA den INF-Vertrag gekündigt hat, fühlen auch wir uns nicht mehr daran gebunden. Weil die USA angekündigt haben, dass sie Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für den Bau solcher Raketen eingeleitet haben, werden auch wir das tun.

Ich stimme den Vorschlägen des Verteidigungsministeriums zu, eine landgestützte Version der Kalibr-Abschussvorrichtung und landgestützte hyperschallschnelle Kurz- und Mittelstreckenraketen zu entwickeln.

Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns nicht in ein teures Wettrüsten hineinziehen lassen. Deshalb möchte ich Sie fragen, ob es möglich ist, diese Initiativen ohne Überschreitung des bereits beschlossenen Militärhaushaltes für das Jahr 2019 zu realisieren?

Sergei Schoigu: Herr Präsident, wir haben bereits gerechnet und werden den Haushalt 2019 so umgruppieren, dass wir diese Initiativen innerhalb der gesetzten Grenzen durchführen können.

Wladimir Putin: Das Verteidigungsbudget muss also nicht erhöht werden?

Sergei Schoigu: Das trifft zu.

Wladimir Putin: Das ist gut so.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie noch etwas fragen. Derzeit laden wir alle sechs Monate zu einer Konferenz nach Sotschi ein, auf der Kommandeure der Streitkräfte und Vertreter des Verteidigungsministeriums über Verteidigungsfragen diskutieren.

Ab diesem Jahr möchte ich dieses Format modifizieren. Ich möchte auf dieser Konferenz darüber informiert werden, wie die Entwicklung unserer neuen Waffensysteme fortschreitet. Das bezieht sich auch auf die luftgestützte ballistische Hyperschallrakete Kinschal (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ch-47M2_Kinschal), die Laserwaffe Peresvet (s. unter <https://www.stern.de/digital/technik/putins-neuer-laser-soll-us-raketen-und-jets-zerstoeren-8480680.html>), die bereits an die Armee ausgeliefert wurde, und auf das Avangard-System (s. <https://de.sputniknews.com/politik/20180304319797533-avangard-russland-serienproduktion/>), das nach der Testphase jetzt in die Serienproduktion geht. Ich will außerdem

wissen, wie die Produktion der Sarmat-Rakete (s. <https://www.stern.de/digital/technik/putin-zeigt-die-toedlichste-nuklearwaffe-seit-ende-des-kalten-krieges-7127274.html>) voranschreitet, und wann sie in Dienst gestellt werden kann? (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02918_050318.pdf).

Vor einigen Tagen haben Sie mich über entscheidende Fortschritte beim Testen des unbemannten strategischen Mehrzweckunterwasserfahrzeuges Poseidon (s. dazu auch <https://www.contra-magazin.com/2018/05/90-meter-tsunami-russland-baut-vernichtenden-atomtorpedo/>) informiert. Wir müssen sehen, das wir da voran kommen.

Wir wissen auch, dass andere Staaten Waffen im Weltraum stationieren wollen. Ich möchte von Ihnen hören, wie diese Bedrohung neutralisiert werden kann.

Es gibt noch ein weiteres wichtiges Thema, das ich mit dem Außenministerium und mit dem Verteidigungsministerium erörtern möchte.

Viele Jahre lang haben wir bei allen möglichen Gelegenheiten Gespräche über Abrüstungsmaßnahmen in fast allen Bereichen angeboten. Unsere (westlichen) Partner sind leider nicht auf unsere Initiativen eingegangen. Sie fanden sogar immer neue Vorwände, um die bestehende internationale Sicherheitsarchitektur zu demontieren.

In diesem Zusammenhang habe ich einige Überlegungen angestellt, die ich dem Außenministerium und dem Verteidigungsministerium zur Beachtung empfehle. Alle von uns auf dem Gebiet der Abrüstung gemachten Vorschläge bleiben auf dem Tisch. Wir sind auch weiterhin für Verhandlungen offen. Gleichzeitig weise ich aber beide Ministerien an, in Zukunft auf weitere Gesprächsangebote zu verzichten. Ich schlage vor, dass wir warten, bis unsere (westlichen) Partner zu einem gleichberechtigten, ernsthaften Dialog über Abrüstung bereit sind, weil der für uns, für unsere Partner und die ganze Welt überlebenswichtig ist.

Ich möchte noch eine weitere wichtige Überlegung mit Ihnen und den führenden Mitarbeitern Ihrer Ministerien teilen. Russland wird zwar neue Kurz- und Mittelstreckenraketen entwickeln, sie aber erst dann in Europa oder anderswo stationieren, wenn die USA mit der Stationierung neuer Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa oder anderswo beginnen.

Ich bitte das Außenministerium und das Verteidigungsministerium, derartige Entwicklungen genau zu beobachten und gegebenenfalls erforderliche Reaktionen vorzuschlagen.

(Wir haben das Gesprächsprotokoll komplett übersetzt und mit vielen Links versehen, die das Gesagte erläutern und ergänzen. Den LUFTPOST-Ausgaben, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14118_261018.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP01019_230119.pdf aufzurufen sind, ist zu entnehmen, wer die Aufkündigung des INF-Vertrages tatsächlich zu verantworten hat.

Die USA und die NATO haben die aus dem Protokoll des Arbeitstreffens in Moskau ersichtlichen russischen Reaktionen durch jahrelanges Hinhalten und die Zurückweisung sämtlicher russischer Angebote selbst provoziert.

Mit ihren voreiligen Schuldzuweisungen an die Adresse Russlands liegen Kanzlerin Angela Merkel [s. https://www.t-online.de/tv/news/politik/id_85186058/bundeskanzlerin-merkel-sicher-russland-hat-den-inf-vertrag-verletzt-.html] und ihr Außenminister Heiko Maas [s. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/inf-vertrag-russland-raketen-usa-heikomaas>] also völlig daneben. Anschließend drucken wir den englischen Originaltext ab.)



Meeting with Sergei Lavrov and Sergei Shoigu

Vladimir Putin held a working meeting with Foreign Minister Sergei Lavrov and Defence Minister Sergei Shoigu.

February 2, 2019

President of Russia Vladimir Putin: Foreign Minister Sergei Lavrov, please provide an update on the Treaty on the Elimination of Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles, and the disarmament dossier in general. What is going on in terms of limitation of offensive arms?

Foreign Minister Sergei Lavrov: Mr President,

Regarding the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, as you know, it has been in force since 1988. It had an indefinite term. According to the information at our disposal, the United States has been violating the Treaty since 1999, when it started testing combat unmanned aerial vehicles that have the same characteristics as land-based cruise missiles banned by the Treaty.

The United States went on to use ballistic target missiles for testing their missile defence system, and in 2014 they began the deployment in their missile defence system positioning areas in Europe of Mk 41 vertical launching systems. These launchers are fully suitable as they are for Tomahawk intermediate-range attack missiles.

Vladimir Putin: And this is an outright violation of the Treaty.

Sergei Lavrov: This is an outright violation of the Treaty. Launchers of this kind have already been deployed in Romania, and preparations are underway to deploy them in Poland, as well as Japan.

Another matter of concern for us is that only recently, just a year ago, the United States in its 2018 Nuclear Posture Review set the task of developing low-yield nuclear weapons, and it is probable that intermediate-range missiles will serve as a means of delivery for these weapons. It was also announced only recently that this provision of the US nuclear doctrine is beginning to materialise with missiles of this kind entering production.

In October 2018, the United States officially declared its intention to withdraw from the Treaty on the Elimination of Intermediate-Range and Shorter-Range Missiles. We did everything we could to save the Treaty considering its importance in terms of sustaining strategic stability in Europe, as well as globally. The last attempt of this kind was undertaken on January 15, when the US finally agreed to our request for holding consultations in Geneva.

In coordination with the Defence Ministry, we proposed unprecedented transparency measures that went far beyond our obligations under the INF Treaty in order to persuade the US that Russia was not in violation of this essential instrument. However, the US torpedoed these proposals. Instead, the US presented yet another ultimatum. It is obvious that we cannot accept it since it contradicts the INF Treaty in both letter and spirit.

The US announced that it was suspending its participation in the INF Treaty, launched the official withdrawal from it, and said that it will no longer consider itself restricted by the INF

Treaty. As far as we can see, this means that the US will make missiles in addition to engaging in research and development activities that have already been factored into the current budget.

There is no doubt that these developments make things worse overall in the sphere of nuclear disarmament and strategic stability. It all started with the 1972 Anti-Ballistic Missile Treaty, when the US decided to withdraw from it in 2002, as you know all too well. This was done despite numerous initiatives by the Russian Federation at the UN General Assembly to save the ABM Treaty. The UN General Assembly passed a number of resolutions supporting the ABM Treaty. However, this did not stop the United States from withdrawing from it.

As a partial replacement for the ABM Treaty, the US and Russia signed a joint declaration that same year, 2002, on new strategic relations with a promise to settle all issues related to the so-called third positioning area of the missile-defence system being deployed in Europe at the time. The declaration provided for holding consultations as a way to reach common ground. This did not happen due to the unwillingness of the United States to take up Russia's concerns in earnest.

In 2007, we made another gesture of good will at your instructions by coming forward with an initiative that consisted of working together to resolve the problems related to US missile defence system's third positioning area in Europe. Once again, the US backed out of this proposal.

However, at the Russia-NATO Summit in Lisbon in 2010, we once again called for Russia, the US and Europe to work together on a continental missile-defence system. This call was not heeded. Nevertheless, two years later, in 2012, at the NATO Summit in Chicago it was NATO that called for dialogue with Russia on missile defence. However, all this good will boiled down to the US insisting that we simply come to terms with their missile defence approach, despite all the obvious risks and threats to our security posed by this approach.

Let me remind you that in 2013 Russia once again called on the US Department of State to open consultations, and came forward with concrete proposals. There was no reply. And in 2014, the United States brought the dialogue on missile defence to a halt and declared the intention to deploy its positioning areas in Europe and Asia, while also strengthening other systems, including in Alaska and on the east coast.

Talking about other essential international security and strategic stability instruments, the approach adopted by the United States to performing its commitments under the universal Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons has been a matter of concern for Russia. In fact, despite numerous reminders on our part, the United States commits serious violations of the Treaty in its actions within NATO. The Treaty commits nuclear powers to refrain from transferring the corresponding nuclear technologies.

Despite these provisions, NATO engages in so-called joint nuclear missions whereby the United States together with five NATO countries where US nuclear weapons are deployed conduct nuclear weapons drills with countries that are not part of the five nuclear-weapons states. This is a direct violation of the Non-Proliferation Treaty.

Another treaty that had a special role in removing the threat of nuclear war, or, to be more precise, whose preparation was a source of hope for addressing these threats, was the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty [CTBT]. The United States did not ratify it even though doing so was among Barack Obama's campaign promises when he ran for president.

Right now, this instrument is completely off the radar, since the United States has lost all interest in any consultations on joining this Treaty. Being a party to the CTBT and acting in good faith, Russia holds special events at the UN General Assembly every year in order to promote the Treaty and mobilise public opinion in favour of its entry into force, which requires the United States to join it, among other things.

Apart from the INF Treaty, there is the Strategic Offensive Arms Treaty [START] that remains in force. It is also essential for preserving at least some measure of strategic stability and global parity. It is also under threat, since its effective functioning has come into question after the recent move by the United States to remove from accountability under the treaty 56 submarine based Trident launchers and 41 heavy bombers by declaring them converted into non-nuclear.

This is possible under the treaty, but the other party has the right to make sure that once converted these weapons cannot be reconverted back into nuclear arsenals.

Vladimir Putin: An inspection has to be carried out.

Sergei Lavrov: Yes, an inspection. And there have to be technical means to persuade us that these systems cannot be reconverted and returned into the nuclear arsenal.

We have been holding talks since 2015 to make sure that the United States complies with its obligations on this matter. So far, there have been no results. The technical solutions we have been offered so far cannot persuade us that more than 1,200 warheads, which is an enormous amount, cannot be returned to the nuclear arsenal. Unfortunately, repeated proposals by Russia to launch talks on extending the Strategic Offensive Arms Treaty beyond 2021, when its first term is set to expire, have fallen on deaf ears in the United States. All we hear is that the decision on the New START has yet to be taken.

All in all, the situation is quite alarming. Let me reiterate that the decision taken by the United States on the INF Treaty is of course a matter of serious concern for the entire world, especially for Europe. Nevertheless, the Europeans followed in the footsteps of the United States with all NATO members speaking out in explicit support of the position adopted by the United States to refrain from any discussions on mutual concerns. All we hear are groundless ultimatums requiring us to take unilateral measures without any evidence to support unfounded accusations.

Vladimir Putin: Thank you.

Mr Shoigu, what is the Defence Ministry's view on the current situation? And what do you propose in this regard?

Defence Minister Sergei Shoigu: Mr President, it is obvious to us, despite the murky language that we hear, that apart from openly conducting research and development on the production of intermediate-range and shorter-range missiles, there have been actual violations of the INF Treaty, and this has been going on for several years. To put it simply, the United States has started producing missiles of this kind.

In this connection, we have the following proposals regarding retaliatory measures.

First, we propose launching in the coming months research and development, as well as development and engineering with a view to creating land-based modifications of the sea-based Kalibr launching systems.

Second, we propose launching research and development, followed by development and engineering to create land-based launchers for hypersonic intermediate-range and shorter-range missiles.

We ask you to support these proposals.

Vladimir Putin: I agree. This is what we will do. Our response will be symmetrical. Our US partners announced that they are suspending their participation in the INF Treaty, and we are suspending it too. They said that they are engaged in research, development and design work, and we will do the same.

I agree with the Defence Ministry's proposals to create a land-based version of the Kalibr launchers and work on a new project to develop a land-based hypersonic intermediate-range missile.

At the same time, I would like to draw your attention to the fact that we must not and will not let ourselves be drawn into an expensive arms race. I wanted to ask you, would it be possible to finance these initiatives using the existing budget allocations to the Defence Ministry for 2019 and the following years?

Sergei Shoigu: Mr President, we closely studied this matter, and will propose adjustments to the 2019 budget in order to be able to carry out these initiatives within the limits set by the state armaments programme and the defence procurement orders for 2019 without going over budget.

Vladimir Putin: This should not entail any increases in the Defence Ministry's budget.

Sergei Shoigu: Yes.

Vladimir Putin: Good.

In this connection, there is one more thing I wanted to ask you. Every six months we hold meetings in Sochi to discuss the implementation of the state defence order with the commanders of the Armed Forces and the defence sector representatives.

Starting this year, I propose modifying this format. I want to see how efforts to deploy our systems are progressing. This refers to the Kinzhal hypersonic air-launched ballistic missile, the Peresvet combat laser weapon, which has already been delivered to the army, and the Avangard system, which is now in serial production, having completed the test phase. I want to see how the production of the Sarmat missile is advancing alongside preparations for placing it on combat duty.

Several days ago, you reported to me on the completion of a key stage in testing the Poseidon multipurpose strategic unmanned underwater vehicle. We have to look at how these efforts are advancing.

We are aware of the plans by some countries to deploy weapons in outer space. I want to hear a report on how this threat can be neutralised.

There is another important topic I wanted to raise with both the Foreign Ministry and the Defence Ministry.

For many years, we have been calling on numerous occasions for holding meaningful disarmament talks on almost all aspects of this matter. In recent years, we have seen that our

partners have not been supportive of our initiatives. On the contrary, they always find pretexts to further dismantle the existing international security architecture.

In this connection, I would like to highlight the following considerations, and I expect the Foreign Ministry and the Defence Ministry to use them as guidance. All our proposals in this area remain on the table just as before. We are open to negotiations. At the same time, I ask both ministries not to initiate talks on these matters in the future. I suggest that we wait until our partners are ready to engage in equal and meaningful dialogue on this subject that is essential for us, as well as for our partners and the entire world.

Another important consideration I would like to share with the senior officials of both ministries. We proceed from the premise that Russia will not deploy intermediate-range or shorter-range weapons, if we develop weapons of this kind, neither in Europe nor anywhere else until US weapons of this kind are deployed to the corresponding regions of the world.

I ask the Foreign Ministry and the Defence Ministry to closely monitor developments and promptly submit proposals on ways to respond.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern